

alt und arm?
Zeit für eine Grüne Rentenreform

Udo Philipp, Stv. Sprecher, BAG WiFi, Mitglied Grüne Rentenkommission





65% der Deutschen haben Angst vor Armut im Alter

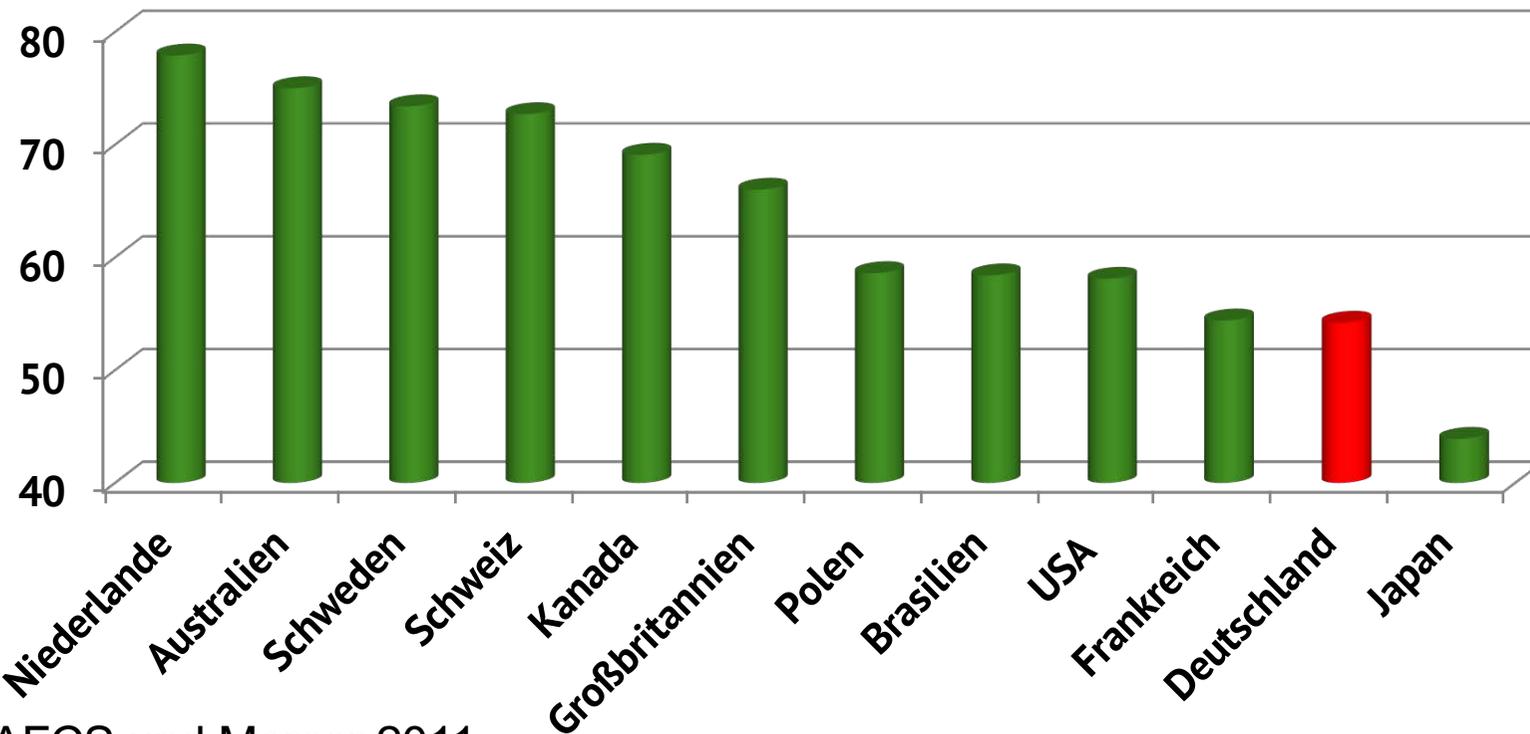
Stern 24. 9. 2015

Rente ist wichtigstes politisches Problemfeld für unser Wählerpotential

Mapping Studie BuVo 2016



Das deutsche Rentensystem wird miserabel bewertet



AFCS und Mercer 2011

Quelle Karl-Martin Hentschel, Vortrag in Rentenkommission



Zu viele fallen durch den Rost

Versicherter Personenkreises im internationalen Vergleich

Nicht Erwerbstätige	Selbständige	Abhängig beschäftigte Arbeitnehmer
Volksvversicherung (Grundsätzlich alle Einwohner innerhalb bestimmter Altersgrenzen)		
Dänemark, Niederlande, Schweden, Schweiz, Finnland, USA		
Erwerbstätigenversicherung (Alle Erwerbstätigen)		
Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Irland, Portugal Großbritannien, Luxemburg, Österreich		
		Arbeitnehmerversicherung (Abhängig beschäftigte Arbeitnehmer)
		Deutschland

Quelle: Monika Queisser, OECD



Zu viele fallen durch den Rost

Versicherter Personenkreis im internationalen Vergleich

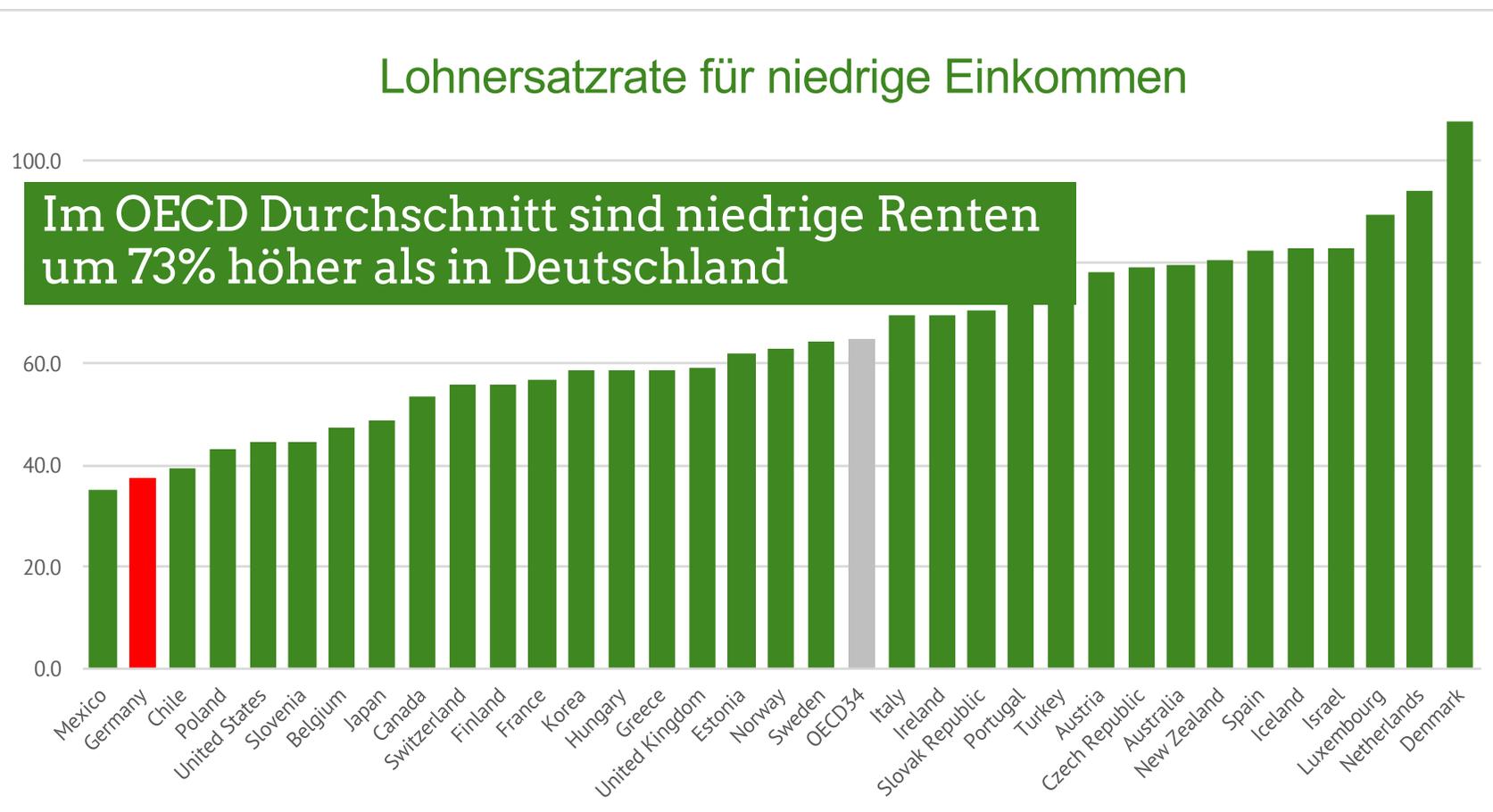
Nicht Erwerbstätige	Selbständige	Abhängig beschäftigte Arbeitnehmer
Volksversicherung (Grundsätzlich für alle Erwerbstätigen)		
Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Irland, Portugal Großbritannien, Luxemburg, Österreich		
		Arbeitnehmerversicherung (Abhängig beschäftigte Arbeitnehmer)
		Deutschland

Die Folge:
 ca. 1/3 der Selbständigen ist im Alter
 auf Sozialhilfe angewiesen



Das deutsche Rentenniveau ist inakzeptabel

Lohnersatzrate für niedrige Einkommen



Quelle: OECD, Pensions at a Glance 2015, S. 139, eigene Graphik. Niedrige Einkommen = 0,5x Durchschnittseinkommen



Altersarmut wird zunehmen

Bei heutigem Rentenniveau müsste man 45 Jahre lang mehr als 1.800 Euro verdienen

Bei Mindestlohn müsste man ca. 60 Jahre Vollzeit arbeiten

Etwa ein Drittel der Single Haushalte wird im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein

(Quelle: Studie der Bundesregierung: Altersvorsorge in Deutschland 2005)

Menschen mit niedrigen Löhnen landen zwangsläufig in der Sozialhilfe

Rentenbeiträge sind subjektiv komplett wertlos



Sozialhilfe ist entwürdigend

Bedürftigkeitsprüfung

Volle Anrechnung aller Einkommen und Ersparnisse

Für Menschen mit Einkommen < 1.800 Euro müsste man Warnhinweis auf jeden Riestervertrag drucken, dass die Ersparnisse im Alter konfisziert werden

Für Menschen mit Einkommen < 1.800 Euro ist es völlig egal, ob sie 1 Jahr oder 45 Jahre in die gesetzliche Rente einzahlen

Die Lebensleistung wird nicht gewürdigt



Arbeiten bis zum Umfallen?

Flexibler Renteneintritt

- > Freiwillig
- > Unbürokratisch



Riester-Rente: gescheitert

Problem:

Aktiv in der ges. Rente Versicherte:	35,7 Mio
Riester-Verträge insgesamt:	15,9 Mio
Aktiv besparte Riester-Verträge:	12,7 Mio
Riester-Sparende mit voller Förderung:	6,4 Mio (18 %)

Ursachen:

- zu hohe Kosten, zu geringe Rendite und mangelnde Transparenz
- Freiwilligkeit der Vorsorge
- Zu geringe Einkommen verhindern Sparleistung
- Private AV wird im Alter auf Grundsicherung angerechnet



Für eine bessere private Altersvorsorge!

Bürgerfonds (Öffentlich-rechtliches Basisprodukt)

- > geringe Kosten
- > bessere Rendite
- > erhöhte Transparenz

Umstritten:

- > Förderung für Geringverdiener*innen



Frauen eine Chance bieten:
Grüne Garantierente
Rentensplitting statt Taschengeld!



Selbständige absichern!

Bürgerversicherung schrittweise:

- > Integration der nicht versicherten Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung
- > Bürgerversicherung für alle



Bürgerversicherung - Vorteile

Wir sind alle Bürger*innen eines Staates

- Wir wollen keine Ständegesellschaft
- Alle Menschen haben das gleiche Interesse, dass es der GRV gut geht
- Ein Wechsel von einem Beruf zum anderen fällt leichter
- Niemand fällt durch den Rost



Bürgerversicherung – was sie nicht leistet

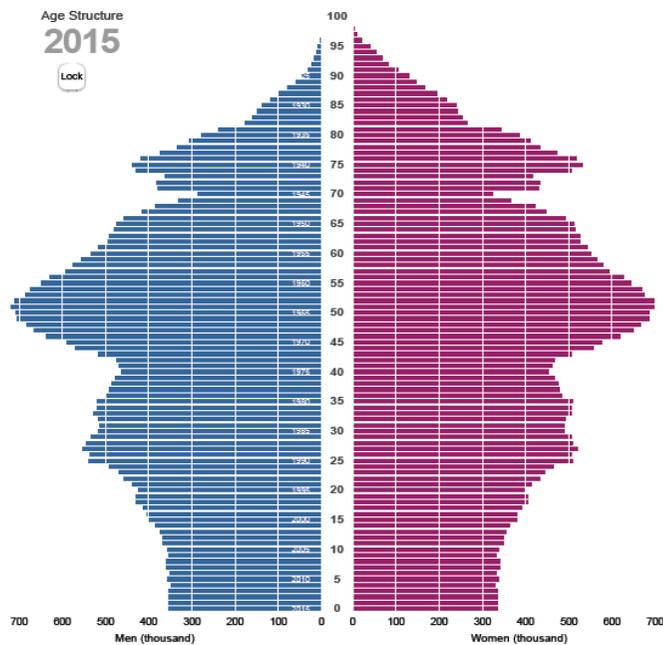
Bürgerversicherung führt nicht zu Umverteilung

- Bürgerversicherung in der GKV/PKV ist komplett anders
- Äquivalenzprinzip: jeder Euro Einzahlung führt zu einem Euro Auszahlung
 - Einbeziehung von z.B. Kapitaleinkünften führt nicht dazu, dass Menschen mit geringen Löhnen höhere Renten bekommen können
 - Man müsste Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und zusätzlich eine Höchstrente einführen
- Finanzierungsprobleme der GRV werden nur verschoben
 - Es gibt keinen demographischen Berg, den wir untertunneln können
 - Anstieg auf Hochplateau

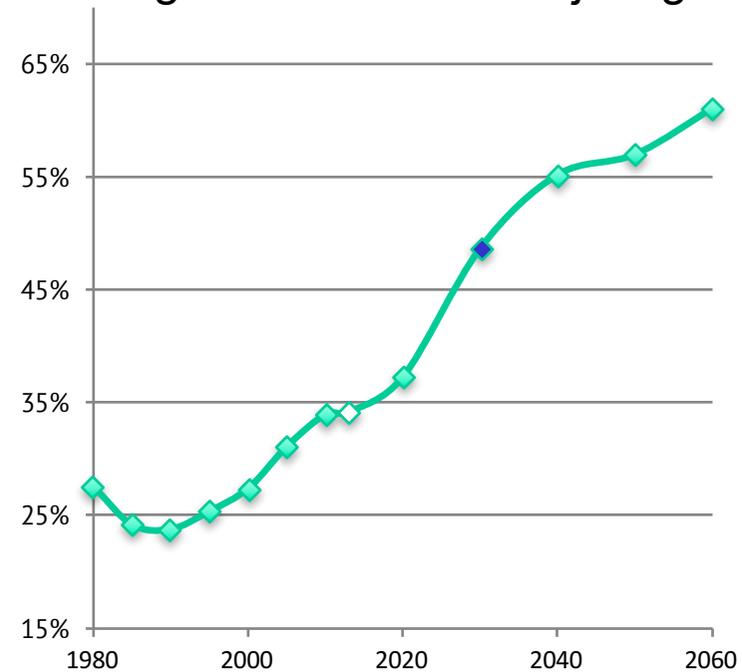


Ab 2020 verschärft sich die demographische Situation

Alterspyramide 2015



Quotient der über 65 jährigen im Vergleich zu den 20-65 jährigen

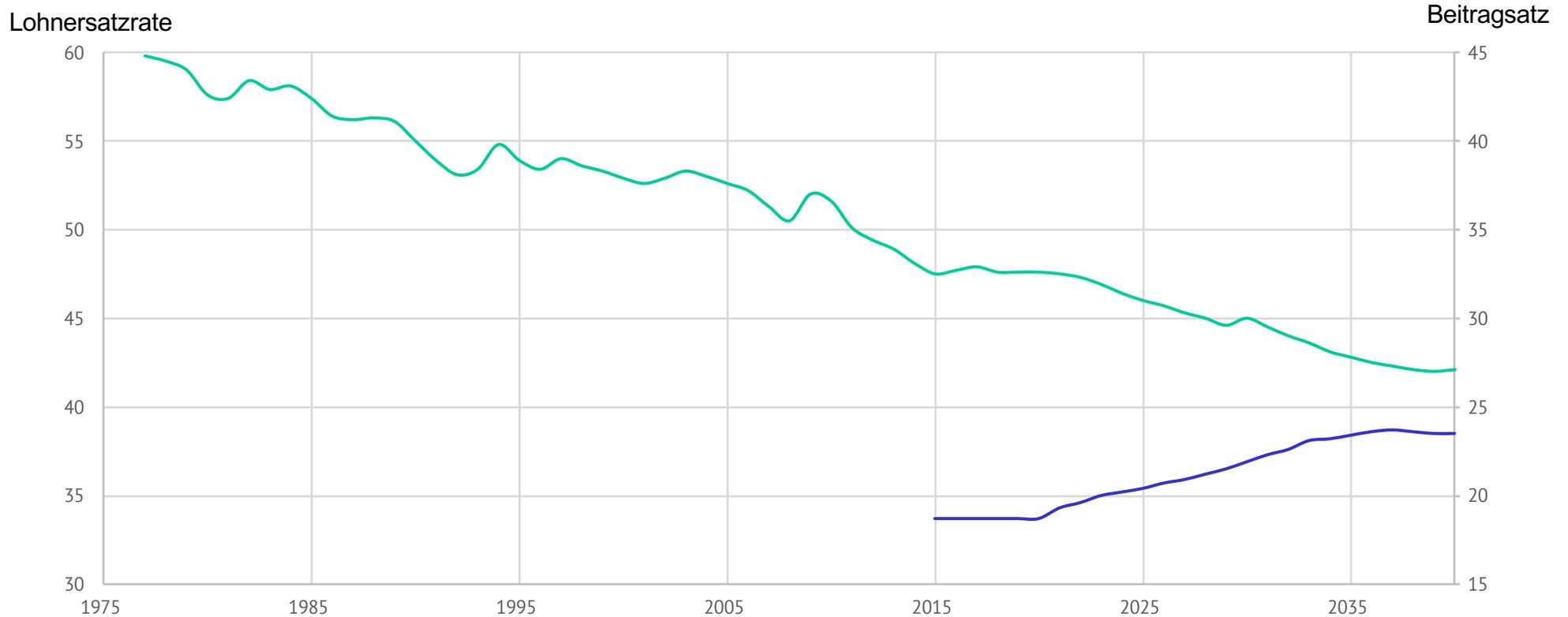


Nach 2060 stabilisiert sich die Rentnerquote auf dem hohen Niveau

Quelle Statistisches Bundesamt, Annahme Zuwanderung 200.000 pro Jahr. Eigene Graphik



Rentenniveau wird noch weiter sinken



Rentenniveau netto vor Steuern im Prozent des Nettolohns vor Steuern (Lohnersatzrate) und Entwicklung Beitragsatz

Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen, Ausgabe 2015, S. 258, eigene Graphik. Ab 2015 DIW Prognose



Rentenniveau stabilisieren

Versicherungsfremde Leistungen mit Steuern finanzieren

Am Arbeitsmarkt ansetzen

Frauen Erwerbsquote

Gender Pay Gap

Faire Löhne

Offene Gesellschaft / gezielte Einwanderung



Beitragserhöhung vermeiden

Beitragserhöhung ist ungerecht für Menschen mit niedrigen Einkommen oder unterbrochenen Erwerbsbiographien

durchschnittliches Rentenniveau einer Frau im Westen heute: 593 Euro

Daher Anhebung auf Grundsicherungsniveau oder Grüne Garantierente

Es macht einen großen Unterschied, ob eine Frau in jungen Jahren 1.200 oder 1.250 Euro netto zum Leben hat

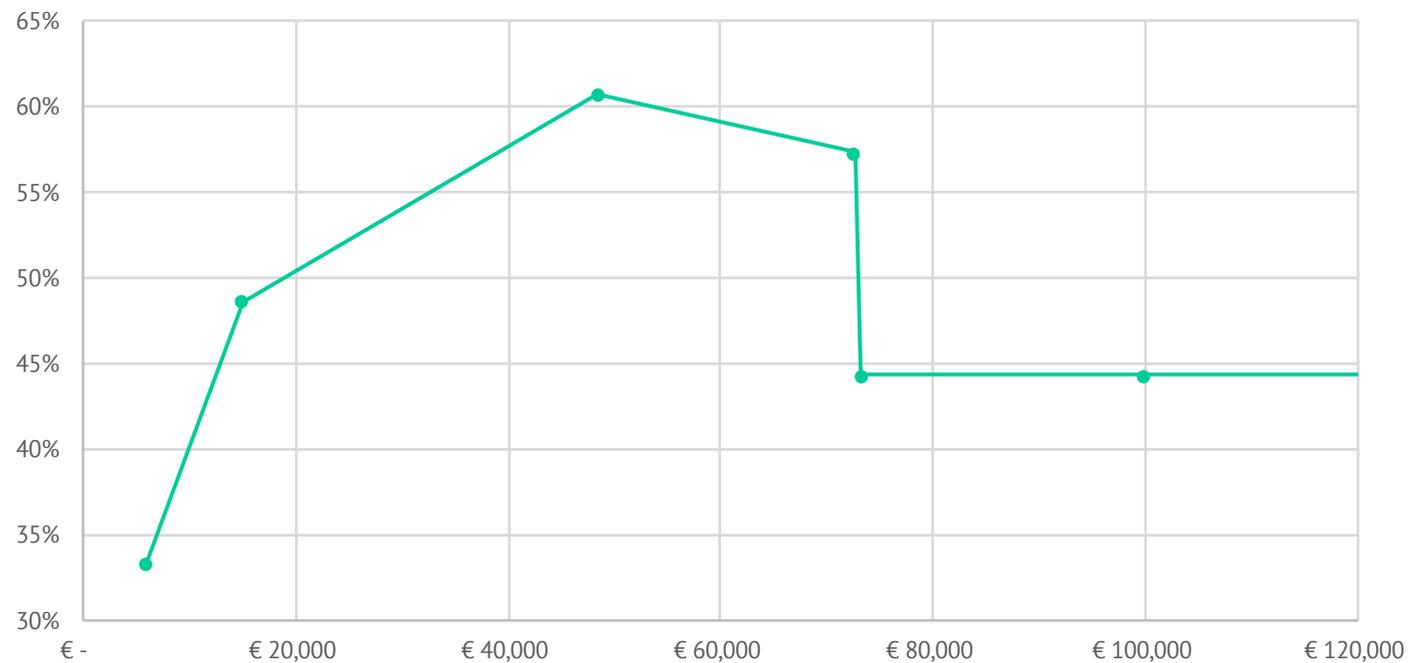
Es macht keinen Unterschied, ob sie 593 oder 613 Euro Rente hat, weil sie sowieso auf Grundsicherung / Grüne Garantierente angehoben wird

Beitragserhöhung daher nur als ultima ratio



Grenzbelastung im unteren Bereich prohibitiv hoch

Grenzabgabenbelastung auf Arbeitgeberbrutto



Die Grenzbelastung an den Punkten 6.000, 15.000, 48.500, 72.600, 100.000 Euro ist genau berechnet. Die dazwischen liegenden Werte sind interpoliert.



Grüne Garantierente gemeinsame Position

Knapp 900 Euro (30 Erwerbspunkte) garantiert nach 30
Versicherungsjahren

Rente

Keine Bedürftigkeitsprüfung

Keine Anrechnung von privater oder betrieblicher Altersvorsorge

Kosten: 8 Milliarden Euro im Jahr 2030

- 5 Mrd für 900 Euro nach 30 Beitragsjahren
- 3 Mrd für Verzicht auf Bedürftigkeitsprüfung

Finanzierung über Steuerzuschuss zur GRV



Zusätzliche Weiterentwicklung Garantierente (strittige Position)

Wer mehr Rentenbeiträge hat, bekommt auch höhere Rente

- Kein Unterschied, ob 30 Jahre wenige Stunden pro Woche oder 45 Jahre Vollzeit?
- Viele Menschen empfinden es als ungerecht, wenn zusätzliche Rentenbeiträge nicht zu einer höheren Rente führen
- Nutzlose Rentenbeiträge halten Menschen davon ab, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen
- Anhebung Rentenniveau bis in untere Mittelschicht

Zusätzliche Kosten 1-5 Mrd Euro im Jahr 2030

(je nach Ausgestaltung: Teilanrechnung 1. Säule, ab einer zu definierenden Schwelle)

Finanzierung über Steuerzuschuss zur GRV



Grüne Reformvorschläge:

- > Flexibler Eintritt in die Rente
- > Rentensplitting
- > Reform Riester (strittig: Förderung)
- > Bürgerversicherung für nicht abgesicherte Selbständige
- > Garantierente (strittig: anwachsend)



Schlüsselprojekt Wahlprogramm BAG

Lebenswerte Rente – armutsfest, nachhaltig, gerecht

Heute muss man 45 Jahre lang mehr als 1.800 Euro verdienen, um im Alter der Sozialhilfe zu entkommen. Viele Selbständige sind gar nicht abgesichert. Armut im Alter ist vorprogrammiert, vor allem Frauen sind betroffen. Unser Rentenmodell garantiert allen Menschen, die den Großteil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, eine echte Rente statt bedürftigkeitsgeprüfter Grundsicherung. Private und betriebliche Vorsorge werden auf unsere Garantierente nicht angerechnet und zusätzliche Rentenansprüche erhöhen sie. Selbständige werden wie Angestellte grundsätzlich abgesichert. Zwischen Ehepartnern teilen wir die Rente fair auf. Und als Alternative zur Riesterreente bieten wir einen Bürgerfonds an, als kostengünstige und effektive zusätzliche private Altersvorsorge.



Rentenkommission

Einsetzung durch BuVo gem. BDK-Beschluss 2012 Hannover):

Markus Kurth MdB (Leitung) – Rentenpolitischer Sprecher

Kerstin Andreae MdB (stv. Leitung) – Leitung AK 1

Beate Müller-Gemmeke MdB - Gewerkschaftsgrün)

Cem Özdemir MdB - BuVo

Brigitte Pothmer MdB - Arbeitnehmerrechte

Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB – sozialpolitischer Sprecher

Marcel Duda - Grüne Jugend

Annika Gerold – Bundesfrauenrat

Ute Michel - BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Prof. Dr. Frank Nullmeier

Udo Philipp - BAG Wirtschaft und Finanzen

Antonia Schwarz - Grüne Alte

Danyal Bayaz - Stiftung Rechte zukünftiger Generationen

Dietmar Strehl – Staatsrat Finanzministerium Bremen



**Vielen Dank für
Eure Aufmerksamkeit!**

